

NIEDERSCHRIFT Nr.: 25/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- öffentlicher Teil -

am **Mittwoch, 15.11.2017, um 16.00 Uhr**

25. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr

Sitzungsende: 17.05 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Bösch
Herr Robert Bücking
Frau Susanne Grobien
Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)
Herr Andreas Kottisch
Herr Sascha Lucht
Frau Dr. Henrike Müller
Herr Dieter Reinken
Herr Klaus-Rainer Rupp
Herr Frank Schildt
Frau Lencke Steiner
Herr Elias Tsartilidis

Von der Verwaltung

Herr Brunßen	Frau Schuster
Herr Cordßen	Herr Sengstake
Frau Jansen	Herr Staatsrat Siering
Herr Dr. Kühling	Herr Tschupke
Herr Poppinga	Herr Wiebe

Gäste

Frau Geber (WFB)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Abg. Kastendiek begrüßt Abg. Schildt, Abg. Frau Dr. Müller sowie Abg. Pirooznia als neue und zum Teil schon bekannte Mitglieder in den Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 24/L über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 25.10.2017

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Gewerbeflächenfonds/Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen
Erschließung des Bereichs des Bebauungsplans 2153 (2. Bauabschnitt) und grundlegende Erneuerung eines Teilabschnitts der Senator-Apelt-Straße
Vorlage Nr. 19/434-L/S**

Herr Dr. Kühling gibt bekannt, dass der Senat in der Senatsvorlage den Satz „Altlastenbedingte Kosten sind nach Aussage der zuständigen Mitarbeiter des ASV nach derzeitigem Planungsstand nicht zu erwarten“ gestrichen und dann so beschlossen habe.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt im Bereich des Bebauungsplans 2153 der Erschließung des 2. Bauabschnitts sowie der grundlegenden Erneuerung eines Teilabschnitts der Senator-Apelt-Straße mit einem Mittelbewilligungsbedarf von zusammen 16.982.000 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem der Senatsvorlage als Anlage 1 beigefügten Antrag auf Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0709/891 70-7, GRW-Maßnahmen (BAB), in Höhe von 5.919.300 € zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 3 Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt)

- Teilsondervermögen Veranstaltungsflächen (TSVV) - Erhöhung der investiven Zuführung 2017

Vorlage Nr. 19/435-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 390.000 € bei der Haushaltsstelle 3754/884 10-9, Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen), zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung durch Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 4 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 31, 71 und 81

Vorlage Nr. 19/428-L/S

Abg. Rupp sieht die Notwendigkeit eines Personalkonzeptes, denn offenbar könne der erforderliche Stellenabbau nicht ohne die Gefährdung der Funktionsfähigkeit des Ressorts erreicht werden.

Dep. Dr. Redder stimmt dem zu. Er bittet weiter zu erläutern, wie sich das Delta bzw. wie sich im Zuge der Umstrukturierung von Ressort und WFB die Zuschüsse entwickelten.

Herr Wiebe erinnert an das in der letzten Deputationssitzung vorgelegte Personalkonzept, mit dem der Überhang, seine Ursachen und die entsprechenden Maßnahmen zur Auflösung des Überhangs dargestellt worden seien. Angesichts der Umbruchsituation des Ressorts mit der Integration zweier zusätzlicher Abteilungen sollte dies aber nicht abschließend verstanden werden. Er stellt weiter fest, dass die Personalreduzierung lediglich nicht im erforderlichen Maße umgesetzt werden könne. Der Überhang entstehe nicht durch Personal- aufbau, sondern vielmehr im Wesentlichen rein rechnerisch durch die Anwendung bzw. Überschreiten der PEP-Quote. Er zeigt sich zuversichtlich, dass er Überhang im nächsten Jahr reduziert werden könne.

Die Umstrukturierungen im Zuge der Neuaufstellung der WFB wirkten sich neutral auf WFB und Ressort aus; Personalverlagerungen von WFB ins Ressort würden durch eine entsprechende Kürzung der institutionellen Mittel finanziert oder durch die Fortführung von Drittmittelfinanzierungen. Im Übrigen erhalte die WFB weiterhin Mittel aus dem Haushalt für die Aufgabenerledigung.

Abg. Kastendiek begründet die Ablehnung der Vorlage. Seines Erachtens sei bereits absehbar, dass eine entsprechende Vorlage auch im nächsten Jahr vorgelegt werden müsse; dies lasse die erforderliche Wahrheit und Klarheit des Haushalts vermissen. Dafür sei eine grundsätzliche Klärung zwischen dem Finanz- und dem Wirtschaftsressort erforderlich.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von insgesamt 1.656 Tsd. Euro durch folgende Einsparungen zu:

- 1.469 Tsd. Euro aus Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 0709/162 10-1 „Zinsen nach § 44 LHO“
- 106,5 Tsd. Euro aus Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 0801/686 30-3 „Kosten für das EU-Projekt CORE“
- 61 Tsd. Euro aus Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 3854/111 45-0 „Einnahmen aus dem Hafenslotsdienst (Versorgungsbeiträge)“
- 13 Tsd. Euro aus Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 0300/236 01-4 „Erstattungen von Krankenkassen nach dem Aufwendungsausgleichgesetz“
- 6,5 Tsd. Euro aus Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 0801/686 10-9 „Sonstige Zuschüsse für Projekte“

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU.

TOP 5 Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 3. Quartal 2017

Vorlage Nr. 19/441-L

Dep. Dr. Redder lobt den Bericht und seine übersichtliche Darstellung. Besonders erwähnenswert sei das gute Ergebnis in der Akquisition und Existenzgründungen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 3. Quartal 2017 zur Kenntnis.

TOP 6 Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 3. Quartal 2017

Vorlage Nr. 19/442-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der

Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 3. Quartal 2017 zur Kenntnis.

TOP 7 Weiterentwicklung des Landesprogramms "Perspektive Arbeit (Lazio)"

Vorlage Nr. 19/432-L

Vorab wird eine Neufassung der Vorlage verteilt.

Abg. Kastendiek kritisiert in diesem Zusammenhang die Vielzahl von Neufassungen und Austauschseiten für diese Sitzung als nicht akzeptabel; die Quote der nachträglichen Änderungen sei schon besser gewesen. **Senator Günthner** sagt zu, das alte Niveau wieder anzustreben.

Frau Jansen erläutert die mit der Neufassung verbundenen Auswirkungen. Aufgrund der noch ausstehenden Verabschiedung des Haushalts 2018/19 seien Vorbehalte in den finanzwirksamen Beschluss integriert worden ; außerdem sei ursprünglich die Schaffung zweier Sachbearbeiterstellen vorgesehen worden, die aber in einem anderen Programmbereich benötigt würden und nicht für diesen Teil.

Dep. Dr. Redder hält seine bekannte Kritik aufrecht, nach der ein unternehmensseitig geführtes Programm nach dem Modell Baden-Württembergs nachhaltiger sei und mehr Erfolg verspreche. Im Übrigen stimme er Abg. Kastendiek bezüglich der Tischvorlagen zu.

Auf Zwischenfrage der **Abg. Frau Bergmann** erläutert **Frau Jansen**, das Anschlussprogramm werde sich unter dem Namen Perspektive Arbeit Saubere Stadt (PASS) im Handlungsfeld „Sichere und saubere Stadt“ bewegen.

Abg. Rupp begrüßt den nachhaltigen Versuch der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Vor dem Hintergrund der Umsetzungsgeschwindigkeit sehe er aber die Ausweitung des Programms kritisch. Zwar können zunächst Vermittlungs- und Besetzungshindernisse identifiziert werden, doch sehe er nicht, wie die Ausweitung gelingen könne, wenn doch bereits jetzt noch nicht alle Stellen besetzt seien. Insofern stelle sich die Frage nach Art und Umfang potenzieller Änderungsoptionen um eine nachhaltige, schnellere Umsetzung des Programms initiieren zu können.

Abg. Frau Bergmann fordert für das in der Vorbereitung stehende Nachfolgeprogramm eine klarere Definition von Zielgruppe, Einsatzorten und Instrumenten ein; ihrer Ansicht nach mangelt es dem aktuellen Programm insbesondere in diesen Bereichen. Sie erkundigt sich nach dem Kostenaufwand der Förderung pro Teilnehmer.

Abg. Frau Bösch begrüßt das Landesprogramm ausdrücklich, denn damit sei es erstmals seit langer Zeit gelungen, wieder Landesmittel zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit einzusetzen. Sie erwartet durch die Neujustierung der Leitstelle eine deutliche Verbesserung in der Umsetzung und Stellenbesetzung.

In Richtung des Dep. Dr. Redder stellt sie fest, dass bloße Kritik nicht weiterhelfe und die Beteiligung der Unternehmen enttäuschend sei.

Abg. Kastendiek stellt zur Frage der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit grundsätzliche Einigkeit unter den Fraktionen fest. Deutliche Unterschiede sehe er in der Beurteilung der Umsetzung, stünden doch Menschen mit teilweise schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen hochmotivierten Menschen gegenüber. Auch sei die Frage offen, wie das Ziel des Mitteleinsatzes definiert sei und woran sich die Zielerreichung bemessen lasse.

Dep. Dr. Redder entgegnet Abg. Frau Böschen, ihm sei nicht klar gewesen, dass im Rahmen des Programm auch weiterhin noch entsprechende Vorschläge gemacht werden könnten; seines Erachtens sei es problemlos möglich, über die Unternehmensverbände entsprechende Initiativen zu starten.

Frau Jansen nimmt dieses Angebot gerne an

Sie führt in Richtung der Abg. Böschen aus, dass die Leitstelle zukünftig bei der BRAS angesiedelt sei. So werde die Expertise der bras e.V. bei der Vermittlung hochmotivierter Menschen für die Leitstelle genutzt. .

Des Weiteren würden die potenziellen Arbeitgeber zukünftig auch aus den Regiekosten bedacht, sodass die Förderung eines Arbeitsplatzes von bis zu 75% durch das Jobcenter möglich sei und Unternehmen noch ergänzend Regiekosten erhalten könnten.

In Richtung des Abg. Rupp erläutert sie, dass das Programm LAZLO neben anderen Förderungsinstrumenten auf die gleiche Zielgruppe gerichtet sei, sodass eine verzögerte Auslastung nicht überraschend sei.

In Richtung des Abg. Kastendiek führt sie aus, dass für die nächste Sitzung die Vorlage eines Evaluationsberichtes für das Programm vorgesehen sei. Dabei sei allerdings der Übergang aus dem Programm in eine nachhaltige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung noch nicht beurteilbar, da die zweijährige Förderung erst Ende 2018 für die ersten Teilnehmer auslaufen werde. In Richtung der Abg. Frau Bergmann erklärt sie, dass es durchaus denkbar sei, dass ein Teilnehmer mit 2500€/Monat gefördert werde; dazu seien dann aber auch Kosten aus dem Assessment sowie Regiekosten zu zählen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Aufhebung der Sperre bei der Haushaltsstelle 0305.684 65-1 „Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsförderung für langzeitarbeitslose Menschen“ in Höhe von 2.625.110,00 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt grundsätzlich der Fortsetzung des Programms Lazlo im Volumen von 5 Mio. Euro pro Jahr (2018 und 2019) zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen kurzfristig nach Beschlussfassung über den Haushalt der Jahre 2018 und 2019 gemeinsam mit der Senatorin für

Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse über den Einsatz der Mittel herbeizuführen.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt, vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Haushalt der Jahre 2018 und 2019, der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5.000 000,00 € und einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5.000.000,00€ bei der Haushaltsstelle 0305.684 65-1 „Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsförderung für langzeitarbeitslose Menschen“ zu. Zum Ausgleich der benötigten zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5.000.000,00 € wird die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung bei den Haushaltsstellen 0305.684 60-0 „Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme“ in Höhe von 4.460.000,00 € sowie 0709.686 56-9 „EU-Programm EFRE 2014-2020 - konsumtiv-“ in Höhe von 540.000,00 € herangezogen. Die Abdeckung erfolgt im Rahmen der Anschläge.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Änderungen der Voraussetzungen für eine Teilnahme am Landesprogramm sowie die Erweiterung und Angleichung der Kosten für Flankierung und Anleitung zur Kenntnis.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Änderung der Verfahren für die Bearbeitung der Regiekosten in Höhe von 320,00 € pro Platz und Monat einer gem. § 16 e SGB II geförderten Stelle zur Kenntnis. Die staatliche Deputation stimmt einer Freigabe von ESF-Mitteln in Höhe von 706.560,00 € zur Förderung dieser Regiekosten zu.
6. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt einer Verlängerung der bereits bestehenden Stellen für die Umsetzung des Landesprogramms bis Ende 2019 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

TOP 8 Gewerbeflächenfonds/ Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen

Bremer Industrie-Park

Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Geländeaufhöhung und Erschließung der 5. Baustufe

Vorlage Nr. 19/436-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Geländeaufhöhung und Erschließung der 5. Baustufe

des Bremer Industrie-Parks mit einem Mittelbewilligungsbedarf von zusammen 9.850.000 € zu.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem der Senatsvorlage als Anlage 1 beigefügten Antrag auf Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0709/891 70-7, GRW-Maßnahmen (BAB), in Höhe von 3.961.800 € zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 9 Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus Bericht zum Umsetzungskonzept und der Finanzierung aus dem EFRE-Fonds (Programm 2014-2020)

Vorlage Nr. 19/417-L

Vorab wird eine Neufassung der der Deputationsvorlage beigefügten Senatsvorlage verteilt.

Herr Tschupke begründet die Neufassung, die sich im Wesentlichen durch die Änderungen in der finanziellen Absicherung ergebe, denn eine Verpflichtungsermächtigung werde erst im nächsten Jahr mit dem kommenden Haushalt benötigt.

Abg. Frau Dr. Müller begrüßt das Gesamtkonzept außerordentlich, zudem die Zeit für ein neues Konzept in der Gründungsstruktur reif sei. Besonders erwähnenswert sei der Fokus auf die Förderung von Frauen als Gründerinnen. Sie hofft, dass damit auch originelle Ideen wie Teilzeitgründungen stärker befördert werden könnten.

Abg. Frau Grobien stellt fest, dass zwar eine Neuaufstellung der Existenzgründungsförderung notwendig sei, doch lasse die Vorlage einen nachhaltigen Bezug zur Universität Bremen vermissen. In diesem Zusammenhang erinnert Sie, dass mit der Initiative BRIDGE einen Untersuchungsauftrag zur Intensivierung des Transfers universitärer Forschung in die Wirtschaft formuliert sei. Ihr fehle auch ein zentrales Büro als Anlaufpunkt für Gründungsinteressierte, auch wenn es gelungen sei, die Aktivitäten der vielen Akteure in der Existenzgründungsförderung zu bündeln. Insgesamt biete die Vorlage keinen großen Wurf.

Abg. Rupp begrüßt ebenfalls die stärkere Sicht auf die Frauenförderung. Sein persönlicher Eindruck sei, es lohne sich, das wissenschaftlich hinterlegte unterschiedliche ökonomische Verhalten von Frauen und Männern in der Deputation genauer vorstellen zu lassen; daher regt er einen entsprechenden Vortrag in der Deputation an.

Abg. Frau Bergmann hält die Grundidee der Frauenförderung für gut, doch lassen die in der Vorlage erwähnten Prüfungen der Aktivitäten, etwa bei Belladonna, auf Einschränkungen und Streichungen schließen. Vor diesem Hintergrund fragt sie, wie die weiteren Ak-

teure angebunden und finanziert werden sollen, wie sie aufgestellt und in die weitere Programmplanung eingebunden sein werden.

Dep. Dr. Redder erinnert an einen Bürgerschaftsantrag seiner Fraktion, der die Ziele vorweg genommen habe, insofern begrüßt er das Projekt ausdrücklich, auch aus Sicht der Frauenförderung. Die Einrichtung eines Beirats sei seines Erachtens ein wichtiger Beitrag zur Förderung einer Start-up-Kultur in Bremen.

Zurückhaltender beurteilt er das Ziel einer One-Stop-Agency, denn die aktuelle dezentrale Struktur sei etabliert, und vermutlich werde es einige Zeit brauchen, bis eine Zentralisierung akzeptiert sein werde. Offen sei noch der Umgang mit den Akteuren, die sich nicht in die neue Struktur einfinden könnten oder wollten; seiner Meinung nach müsse auf die Mitarbeit dieser Institutionen dann auch verzichtet werden bzw. werden können. Dazu sollte nach zwei Jahren eine Bilanz des START Hauses vorgelegt werden.

Abg. Kottisch bemerkt, der Antrag der FDP-Fraktion sei damals abgelehnt worden, weil er zu eng auf die Gründerszene bezogen gewesen sei; mit dem START Haus werde dagegen auch die Start-Up-Szene in den Blick genommen.

Er stellt fest, dass die alte Existenzgründungsinitiative BEGIN zwar erfolgreich gewesen sein, doch nach knapp 20 Jahren sei nun im Zuge der Umstrukturierung der WFB die Zeit gekommen, auch diesen Bereich neu aufzustellen. Für besonders gelungen halte er die Integration privater Strukturen und das Patenkonzept, das neue, zusätzliche Chancen bieten werde.

Die Kompetenzbündelung, insbesondere im öffentlichen Bereich, sei richtig, doch müsse diese auch einhergehen mit einer Angebotserweiterung privater Initiativen. Die Bündelung und Umsteuerung werde ein großer Schritt sein, der an der Marktfähigkeit der Konzepte gemessen werden wird.

Ein Link zu BRIDGE sei hergestellt worden, sodass nunmehr die Wissenschaft gefordert sei, im Rahmen der neuen Gründerinitiative eine Struktur für den Wissenschaftstransfer zu integrieren.

Abg. Frau Bösch begrüßt die Ein- und Anbindung von Bremerhaven am neuen Gründungsangebot, mit dem sich einzelne Sorgen in Bremerhaven nicht bestätigt hätten. Positiv hebt sie den vertieften Fokus auf die Förderung von Frauen als Gründerinnen hervor; in diesem Zusammenhang stelle sich die Frage nach der Finanzierung der Frauenberatungsstellen wie FAB.

Staatsrat Siering bemerkt, mit dem START Haus werde die Gründer- und Start-Up-Szene insgesamt neu aufgestellt. Er hebt hervor, dass mit der Einrichtung einer One-Stop-Agency zukünftig kein potenzieller Gründer mehr verloren gehen werde; zu diesem Zweck werde ein Patensystem beitragen. In der bisherigen Struktur sei vielfach eine Beratungskaskade

gefolgt, da der gerade angesprochene, einzelne Akteur nicht in jedem Fall über ein passendes Angebot verfügt hätte. Insofern werde nun ein zentraler Kristallisationspunkt geschaffen, in dem der Gründer gegebenenfalls auch weitere Dienstleistungen wie z. B. eine Gewerbenummer bekommen könne. Damit werde der Fokus verstärkt auf die Gründer selber und ihren spezifischen Bedarf orientiert.

Die Anbindung über die BAB erfolge vor dem Hintergrund der langjährigen Erfahrung der BAB in der Verwaltung der Investitions- und Innovationsprogramme. Er erwartet in Teilbereichen Synergieeffekte und weiterhin eine unkomplizierte Abwicklung von Finanzierungsfragen für die Gründer.

Im START Haus sollen auch die privaten Akteure eingebunden werden und vor Ort auf einem „Marktplatz“ – der Begriff bedürfe noch der weiteren Schärfung – in der Mischung von privater und öffentlicher Beratung wirken und zu einer Vergrößerung der Gründernetzwerke und -communities beitragen. Ein weiterer wesentlicher Unterstützungsbereich betreffe die fortschreitende Digitalisierung der Angebote.

Ausdrücklich betont er, dass es keine Doppelstrukturen geben werde. In Bremen-Nord werde ein Dienstleistungspaket vor Ort angeboten. Bremerhaven habe einen ähnlichen Ansatz gewählt, der ebenfalls zu einer Bündelung der Angebote vor Ort führen soll.

Sicherlich sei der Wissenschaftsaspekt relativ knapp behandelt, doch werde der gesamte Innovationsbereich im Zusammenhang mit dem Gründungsgeschehen neu aufgestellt, um die Zahl der Ausgründungen aus dem Wissenschaftssektor zu erhöhen und weitere Verknüpfungen in die Gründungscommunities zu bilden

Herr Tschupke erläutert in Richtung der Abg. Frau Bergmann, die Anträge der frauenfördernden Institutionen für die weitere Förderung lägen bereits vor; sie würden in dem schon bekannten Rahmen weiter finanziert. Der Umstellungsprozess von BEGIN auf START Haus werde insgesamt begleitet und auch bilanziert; dabei werde auch das Beratungsangebot überprüft werden.

Die Zusammenarbeit mit BRUT und BRIDGE solle weiterentwickelt werden, um einen Zulauf an neuen Ideen zu generieren. Insgesamt würden unter dem START Haus Doppelstrukturen abgebaut werden.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Bergmann** bestätigt **Herr Tschupke**, dass die drei benannten Partner die nächsten zwei Jahre wie bisher finanziert würden; für diese Zeit sei eine Untersuchung vereinbart, wie eine nachfolgende Zusammenarbeit weiterentwickelt werden könnte.

Staatsrat Siering fügt hinzu, dass die Institutionen nicht im START Haus aufgehen sollen, denn sie hätten noch andere Aufgaben; Das Ressort konzentriere sich dabei auf das Gründungsgeschehen und die entsprechende Zusammenarbeit.

Dep Dr. Redder wiederholt die Aussage von Herrn Tschupke als Feststellung, dass Dop-

pelstrukturen vermieden bzw. abgebaut würden. Weiter problematisiert er die Abwanderung von neu gegründeten Unternehmen nach ihrer ersten Wachstumsphase.

Abg Reinken lobt das angemessene Tempo der Umsetzung einer neuen Existenzgründungsförderungsstruktur. Sicherlich gebe es mit der Installation der neuen Struktur noch weiteren Straffungsbedarf zur Vermeidung von Doppelstrukturen, und vor dem Hintergrund von möglichen Konflikten zwischen den bisherigen Akteuren könne der Abbau von Doppelstrukturen möglicherweise nur schrittweise erfolgen. Doch wolle er Ressort und Senat nachdrücklich ermutigen, den Weg einer dauernden, selbstkritischen Überprüfung von Strukturen und Einrichtungen für eine effektive Mittelverwendung zu beschreiten, um der Gründerszene in Bremen die bestmögliche Unterstützung bieten zu können. Eine Bilanz nach zwei Jahren würde er begrüßen.

Abg. Frau Grobien erinnert, dass die ersten Überlegungen und Schritte zur Neuaufstellung der Existenzgründungsinitiative schon mehr als zwei Jahre zurückliegen. Besorgt zeigt sie sich über die organisatorische Anbindung über die BAB, da eine Bank psychologische Hemmnisse für die potenziellen Kunden aufbauen könnte.

Abg. Kottisch meint dagegen, dass Erfolg suchende Unternehmen den Weg in oder über eine Bank nicht scheuen sollten. In Richtung des Dep. Dr. Redder bemerkt er, die Ursache für einen Standortwechsel einer Neugründung liege in fehlendem Wachstum; gerade deswegen sei die Bedeutung der Einbindung der privaten Wirtschaft zu betonen, da sie den Neugründungen wichtigen Input und als bestehendes Netzwerk Unterstützung in Themen wie Lieferanten, Logistik und ähnlichem bieten könne. Insofern sei das Problem erkannt und werde angemessen bearbeitet.

Abg. Rupp erinnert an seine Anregung zu einem Vortrag hinsichtlich des unterschiedlichen ökonomischen Verhaltens von Männern und Frauen, die er nunmehr offiziell beantragen möchte. **Abg. Kastendiek** hält darüber eine vorherige Abstimmung unter den Fraktionsprechern für sinnvoll; schließlich sei das Thema bereits in verschiedenen Gremien und Stadien breit behandelt worden. Gegebenenfalls sei ein solcher Vortrag im ersten Quartal 2018 denkbar.

Abg. Kastendiek begründet anschließend die Enthaltung seiner Fraktion, die insbesondere hinsichtlich des Aspekts der Doppelstrukturen nicht überzeugt sei. Insofern sei die Enthaltung auch als direkte Kritik an dem Vorhaben zu verstehen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt das Umsetzungskonzept zur Weiterentwicklung der etablierten Unterstützungsprogramme und -projekte im Gründungsbereich zur Kenntnis.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beschließt, dass die BAB die Initiative, die Gründungsunterstützung auf neue Beine zu stellen, fortführen soll und damit eine One-Stop-Agency unter dem Dach der BAB mit einem umfassenden und modernen Instrumentenportfolio für ein attraktives Gründungsklima im Land Bremen auf den Weg zu bringen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem weiteren Vorgehen des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Weiterentwicklung und Etablierung der START Haus-Initiative an den Standorten Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen begrüßt die geplante Fortführung der Existenzgründungsberatung für Frauen durch die neue Abteilung Industrie, Innovation und Digitalisierung des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Mittelbereitstellung aus dem EFRE-Programm (2014-2020) sowie aus Rückflüssen des Starthilfefonds des PPL 31 mit einem Mittelrahmen in Höhe von jährlich 1.500.000 € für die Jahre 2018 und 2019 zu. Die Bereitstellung der Mittel steht unter dem Vorbehalt der EFRE-Förderfähigkeit der einzelnen Angebote.
6. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Jahr 2018 eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.
7. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt zur Kenntnis, dass die neukonzipierte START Haus Initiative für das Land Bremen in den nächsten zwei Jahren Schritt für Schritt umgesetzt werden soll und bittet dazu um einen ersten Umsetzungsbericht im Herbst 2018.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktionen der CDU.

TOP 10 Überführung des Geschäftsbereichs MESSE BREMEN & ÖVB-Arena der WFB in die Großmarkt Bremen GmbH

Vorlage Nr. 19/437-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den in der beigefügten Senatsvorlage dargestellten Sachstand und die Beschlussfassung des Senats vom 07.11.2017 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Neuordnung der Wirtschaftsförderinstrumente weiter zu verfolgen und hierüber abschließend im 1. Halbjahr 2018 zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 11 Bericht zur Umsetzung des Tourismuskonzeptes Land Bremen 2015

Vorlage Nr. 19/431-L

Abg. Kastendiek bittet, die Marketingausgaben nachzuliefern; er befürchte eine qualitativen und quantitativen Rückschritt (siehe Anlage 3)

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 12 Aktuelles

TOP 13 Verschiedenes

a) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

hier: Einführung eines neuen Feiertages

Mündlicher Bericht

Herr Wiebe rekapituliert den schon längeren Diskussionsprozess zum Feiertagsgesetz, der noch durch weitere, ausstehende Gespräche ergänzt werden wird. Aktuell zeichne sich ein gleichgerichtetes Vorgehen im norddeutschen Raum ab, sodass in der nächsten Sitzung ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden könne.

Abg. Kastendiek wirft die Frage auf, nach welchen Kriterien eigentlich die Deputation über die Änderung des Feiertagsgesetzes beschließen solle – solle sich die Deputation etwa auf die bloße Zahl der Feiertage gegenüber den südlichen Bundesländern beziehen oder müsse vielmehr eine „Wertigkeit“ eines zusätzlichen Feiertages gegeben sein, und wie sollte diese festgelegt sein. Seines Erachtens gehöre die Klärung dieser Fragen auf eine breite Basis gestellt, sodass sie mit dem Bericht in entsprechend offener Formulierung an das Parlament zurückgegeben werden sollten.

Abg. Reinken stimmt zu; der Bericht sollte abgewartet werden und die verschiedenen Standpunkte darstellen. Seines Erachtens habe diese Deputation insbesondere auf Basis ökonomischer Kriterien zu entscheiden; moralische oder philosophische Rechtfertigungen gehörten dagegen in eine breite Debatte.

Dep. Dr. Redder sieht die Ergebnisse bekannter Studien zu den Kosten für die Wirtschaft aufgrund eines neuen Feiertages kritisch; insgesamt sehe er dem weiteren Prozess entspannt entgegen.

Abg. Bücking schließt sich dem an und erklärt sich mit den von den Vorrednern

angedeuteten Lösungsansätzen für einverstanden.

a) Schließung der DB-Lokhalle in Sebaldsbrück

Berichtsbitte der Fraktion der CDU – mündlicher Bericht

Staatsrat Siering erläutert, dass das Ressort von der jüngsten Entwicklung überrascht worden sei. In einem kurzfristigen Telefonat mit dem zuständigen Konzernbevollmächtigten habe dieser deutlich gemacht, dass die Kompetenzen für Motoren und Komponenten am Standort Bremen bestehen bleiben werden, während die Fahrzeuginstandhaltung bundesweit in Cottbus konzentriert und es keine dezentrale Fahrzeuginstandhaltung mehr geben werde. Die zu befürchtenden Entlassungen habe der Konzernbevollmächtigte zunächst dementiert, die Medienberichte über Schließung der Lokhalle allerdings bestätigt. Dazu strebe der Konzern allerdings eine wirtschaftliche Nachnutzung an; insbesondere wegen dieses Aspekts strebe das Ressort einen weiteren Gesprächstermin an.

Abg. Kastendiek bittet, die Deputation über neue Sachstände zu unterrichten.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	32.317.240	2.037.675
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.453.000	2.289.213
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.248.902	2.173.113
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	7.204.850	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	318.445
Programm insgesamt	96.840.070	55.344.846	6.818.445

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro).
Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EFRE-Anteil).

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste förderfähige Gesamtausgaben der Projekte.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/- innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße (inkl. vorgeschalteter Konzeptstudie Fischereihafen)	3	2016/ 2017	498.902	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	318.445
15	Deputation SWAH HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	2.037.675 2.289.213 2.173.113
16	Deputation SWAH HaFA	07.09.2016 16.09.2016	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven	4	2016-19	2.030.000	0
17	Deputation SWAH HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	0
18	Deputation SWAH HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	0
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0
21	Wissenschafts- ausschuss HaFA	17.05.2017	Aufbau einer Forschergruppe „Hochleistungselektronik für Windenergieanlagen“	1	2017-21	752.500	0
22	Deputation SWAH HaFA	27.09.2017	City- und Stadtteilmarketing und -management (Finanzierung 2018 und 2019)	4	2018-2019	280.000	0
23	Deputation SWAH HaFA	15.11.2017	Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus	2	2018-2019	1.500.000	0

Die in der letzten Sitzung gelieferten Daten zu den Auszahlungen bildeten einen gesondert für die Anfrage der Fraktion die Linken nachgefragten Zwischenstand ab. Mittlerweile liefert das Datenbanksystem die ersten Daten für die Spalte "verausgabt".

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 15.11.2017)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt mit Vorlage 19/170-S „Gewerbeentwicklungsprogramm“)
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt: 31.05.2017)
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	Sommer 2017
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 31.05.2017)
28.	Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur	26.10.2016	Abg. Rupp	
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
31.	Konzept zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen - Entwicklung der Flugbewegungen in sensiblen Zeiten - Wirkung schadstoffabhängiger Entgelte	01.03.2017	Abg. Bücking	1. Halbjahr 2018
32.	Zahl von Menschen mit Fluchthintergrund in der Betreuung und in der Statistik der Bundesagentur und der Jobcenter im Land Bremen	01.03.2017	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr, März 2018
36.	Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen" Evaluierung LAZLO Umsetzung und Evaluierung	10.08.2016 31.05.2017	Abg. Rupp Abg. Fecker Abg. Frau Böschen	(zuletzt: Zwischenbericht 30.08.2017) Bericht Anfang 2018
38.	Konzept für eine Optimierung der Vergabestrukturen	30.08.2017	Abg. Reinken	Bericht in einem ½ Jahr (Anfang 2018)
39.	Inklusive Arbeit – Strategie des AVIB zur Verwendung der Ausgleichsabgabe im Land Bremen bis 2021 Erklärungsansätze: Gründe für Absenkungen / Reduzierungen der Frauenquote in einzelnen Bereichen	25.10.17	Abg. Frau Dr. Müller	
40	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	Ende 2018

Marketingmittel HB/BHV 2009-2018

